

Gemeinsame Pressemitteilung mit dem EGB



“Genug von *ihrer* Krise – zurück zu *unserer* Zukunft”

Europäische Gewerkschaftsverbände starten Kampagne zur Rückgewinnung der Zukunft der Jugend

Im Vorfeld der Europäischen Wahlen im Mai haben die Jugendorganisationen der Europäischen Gewerkschaftsverbände (EGV) am Freitag den 7. März 2014 eine gemeinsame Kampagne gestartet, um die EU-Institutionen und Arbeitgeber dazu aufzurufen, die Jugend ganz oben auf die Agenda zu setzen. Unter dem Motto „Genug von *ihrer* Krise – zurück zu *unserer* Zukunft“, haben die EGV ihre Forderungen für die nächste Mandatslaufzeit des Europäischen Parlaments und der Kommission aufgestellt. Sie fordern unverzügliche und wirksame Maßnahmen gegen die Zukunftslast der Jugend auf dem europäischen Arbeitsmarkt, die als Folge der Europakrise und der entsprechenden Maßnahmen entstanden ist.

Die Kampagne wurde im Rahmen eines Jugendseminars von UNI Europa in Athen gestartet. Der Grund warum ausgerechnet Griechenland als Veranstaltungsort gewählt wurde, zeigt wie dringend die Forderungen der EGV nach einer Europäischen Jugendpolitik sind. Das Land hat mit 57,3% im Juli die höchste Jugendarbeitslosenquote in Europa zu verzeichnen.

Aktionen am Arbeitsplatz und auf EU-Ebene

Durch die Schaffung der „Jugendgarantie“ hat die EU für die kommenden sieben Jahre 6 Milliarden Euro zur Anregung der Jugendbeschäftigung bereitgestellt. Jedoch bedeuten Kosten zur Erstellung wirksamer Maßnahmen ohne jegliche Zwangsmaßnahmen für die Umsetzung auf nationaler Ebene, die schätzungsweise 21 Milliarden Euro jährlich betragen, dass das Versprechen der EU deutlich unzureichend bleibt, um die Herausforderungen der Jugendarbeitslosigkeit zu bewältigen. Dies geht aus der gemeinsamen Erklärung des EGB hervor.

Die EGV haben mit dieser gemeinsamen Jugendkampagne im Namen von 30 Millionen Arbeitnehmern in Europa reagiert. Die Kampagne bezieht Maßnahmen am Arbeitsplatz und auf EU-Ebene ein und zielt darauf ab, die Aufmerksamkeit aller Europawahlkandidaten auf die acht Schwerpunkte der zukünftigen Jugendpolitik der EU zu lenken.

Investitionen in hochwertige Arbeitsstellen und Berufsbildungsmöglichkeiten

Heutzutage sind junge Leute in Europa endlosen Praktika und prekären Arbeitsbedingungen ausgesetzt und sehen sich aus beruflichen Gründen gezwungen in andere EU-Länder abzuwandern. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters und der verringerte Zugang zu Aus- und Weiterbildung aufgrund von Sparmaßnahmen, die öffentliche Investitionen gedrosselt und soziale Härte in ganz Europa geschaffen haben, führt dazu, dass 7,5 Millionen junge Leute derzeit beschäftigungs- oder ausbildungslos sind. Dies bringt Kosten von schätzungsweise 150 Milliarden Euro für Leistungsauszahlungen und Produktionsverlust mit sich.

„Angeschlagene Banken haben bis dato mehr als 160 Milliarden Euro erhalten. Dies zeigt, dass die Opfer der Krise Krümel erhalten, während die Schuldigen Freibriefe ausgestellt bekommen“, so die Erklärung.

“Wir gehen gemeinsam davon aus, dass die Schaffung von hochwertigen Arbeitsstellen und Berufsbildungsmöglichkeiten für das neu gewählte Parlament und die Kommission oberste Priorität sein müssen,“ so die EGV.

Eine langfristige Kampagne für langfristige Lösungen

Die Jugendorganisationen des EGV werden die EU-Institutionen und Arbeitgeber weiterhin drängen, die Jugend ganz oben auf die Agenda zu setzen. Dies soll im Vorfeld der Europäischen Wahlen im Mai und nach der Aufstellung des Europäischen Parlaments und der Kommission durch verschiedene Maßnahmen geschehen. Der bisherige Mangel an entschlossenen Maßnahmen von Seiten der Europäischen Institutionen und die weitreichenden und langandauernden Folgen der Jugendarbeitslosigkeit in Europa bedürfen einer langfristigen Kampagne, um die Zukunft der jungen Menschen zurückzufordern. Die Maßnahmen und Forderungen der EGV ergänzen jene, die im Plan für Investition, nachhaltiges Wachstum und hochwertige Arbeitsstellen des [Europäischen Gewerkschaftsbundes](#) dargelegt sind.

Für nähere Informationen wenden Sie sich bitte an:

[EFBWW](#): Werner Buelen +32 (0)475 84 06 48 or wbuelen@efbh.be

[EFFAT](#): Dominique Mitchell +32 (0)490 56 94 05 or d.mitchell@effat.org

[EPSU](#): Pablo Sanchez +32 (0)474 62 66 33 or psanchez@epsu.org

[ETF](#): Koen Reynaerts +32 (0)470 93 05 90 or k.reynaerts@etf-europe.org

[industriAll](#): +32 (0)473 865 884 or Mischa.Terzyk@industriall-europe.eu

[Uni Europa](#): +32 (0)476 25 76 50 or cornelia.broos@uniglobalunion.org

The European Federation of Building and Woodworkers (EFBWW) is the European Industry Federation for the construction industry, the building materials industry, the wood and furniture industry and the forestry industry. The EFBWW has 72 affiliated unions in 31 countries and represents a total of 2,350,000 members.

EFFAT is the European Federation of Trade Unions in the Food, Agriculture and Tourism sectors representing 2.6 million members from 120 national trade unions from 35 European countries

EPSU is the European Federation of Public Service Unions and comprises 8 million public service workers from over 265 trade unions.

The European Transport Workers' Federation (ETF) represents more than 2.5 million transport workers from 243 transport unions and 41 European countries, in the following sectors: railways, road transport and logistics, maritime transport, inland waterways, civil aviation, ports & docks, tourism and fisheries.

industriAll European Trade Union represents 7.1 million workers across supply chains in manufacturing, mining and energy sectors on the European level.

UNI Europa unites national trade unions organising in service and skills sectors in 50 different countries. With 320 affiliated trade union organisations, UNI Europa represents 7 million workers.